

Der Friedensnobelpreis ist kein Freiheitspreis

Warum Oslo nicht immer die Richtigen ehrt

Wo Freiheiten verwehrt werden, kann der Frieden nicht sicher sein. So offenkundig diese Einsicht ist, so wenig hat sie bisher das politische Handeln bestimmt. In der Politik werden immer wieder Freiheiten leichtfertig verwehrt mit der Folge, dass der inner- oder zwischenstaatliche Frieden zerbricht oder nur mit autoritären Mitteln gewahrt werden kann.

Dass Politik die Bedeutung der Freiheit für den Frieden verkennt oder unterschätzt, kann angesichts der einschlägigen Bewusstseinsgeschichte kaum überraschen. Umso bedeutsamer wäre es aber, wenn wenigstens eine Institution wie das Nobelkomitee in Oslo sich diese Zusammenhänge vollends bewusst machte und sie bei der Auswahl der Preisträger entsprechend berücksichtigte. Das Nobelkomitee würde dann anerkennen, dass nur ein konsequent freiheitlicher Geist zu einem wirklich nachhaltigen, dauerhaften Frieden führen kann. Nur wer konsequent für politische Freiheiten eintritt, könnte dann als würdiger Preisträger gelten. Die Geschichte der Preisverleihungen zeigt, dass das Nobelkomitee sich diese Maxime bisher nicht zu eigen gemacht hat.

Der Friedensnobelpreis wurde, das ist unstrittig, meistens an verdiente und moralisch integre Aktivisten und Politiker verliehen, die zum Friedenswillen oder zu realen Friedensprozessen beigetragen oder es zumindest engagiert versucht haben. Vielfach wurden aber auch Personen oder Organisationen ausgezeichnet, die dem Frieden nur sehr kurzfristig gedient oder sogar alte Konflikte verschärft und neue heraufbeschworen haben. Zu solchen Fehlentscheidungen gehört u.a.

die Preisverleihung im Jahr 2009 an Barak Obama. Dieser hatte zu dieser Zeit friedenspolitisch nichts Größeres aufzuweisen als eine Rede, in der er den Wunsch einer weltweiten Abschaffung der Atomwaffen geäußert hatte. In der Folgezeit hat Obama weder diesem Ziel wirksam gedient noch Wesentliches zur Befriedung nationaler und internationaler Konflikte beigetragen. Dies gilt insbesondere für den Nahostkonflikt.

Eine zumindest fragwürdige Entscheidung des Nobelkomitees war auch die Auszeichnung der Europäischen Union im Jahr 2012. Zwar wurde die EU in zweifellos friedenswahrender Absicht geschaffen und war sie lange ein anerkanntes Symbol für den Friedenswillen ihrer Mitgliedsländer. Im Weiteren hat sie sich aber als eine zunehmend zerstrittene, konflikträchtige und – vorläufig kulminierend im Austritt Großbritanniens – brüchige Institution erwiesen. Der Friedensnobelpreis für die EU war daher ein rückwärtsgewandtes Signal ohne zukunftsweisende Strahlkraft.

Ein Friedensnobelpreis kann natürlich nicht viel anderes tun, als vergangene friedensdienliche Leistungen im Nachhinein zu würdigen. Dabei sollte aber immer auch berücksichtigt werden, wie die gewürdigte Person und deren Leistung in die Zukunft wirken, ob also die Preisträger und deren Leistungen Vorbildcharakter auch für spätere Friedenspolitik haben könnten. Nur so kann der Friedensnobelpreis sein bewusstseinsbildendes Potential für die politische Praxis ausschöpfen. Werden Preisträger dagegen nur im Kontext vergangener Leistungen evaluiert, besteht immer die Gefahr, dass sie später in anderen Kontexten mit weniger friedensdienlichem Tun hervortreten, etwa als Verfechter repressiver und inhumaner Politiken gegenüber Minderheiten, und dass sie damit das Renommee des Friedensnobelpreises rückwirkend beschädigen. In solchen Fällen zeigt sich, dass friedensdienliche Einzelleistungen nicht immer von einer wirklich integren, nämlich freiheitlichen friedenspolitischen Gesinnung getragen sind. Werden solche Leistungen dennoch vom Nobelkomitee

ausgezeichnet, kann dies als Einverständnis mit einer später zu Tage tretenden fragwürdigen Gesinnung des Preisträgers gedeutet werden. Dies kann dann auch Zweifel an der Kompetenz und Integrität des Preiskomitees aufkommen lassen.

In jüngerer Zeit hat es zumindest zwei gravierende Fälle solcher Art gegeben. Der jüngste Fall war die Vergabe des Friedensnobelpreises 2019 an den äthiopischen Ministerpräsidenten Abiy Ahmed. Abiy erhielt den Preis für seine Verdienste um die Beendigung des viele Jahrzehnte alten explosiven Grenzkonflikts mit dem Nachbarland Eritrea. Wie viele andere hatte dieser Konflikt seinen Ursprung in einer von einstigen Kolonialmächten willkürlich oder zumindest leichtfertig gezogenen Staatsgrenze. Großbritannien und Italien hatten sich Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem damaligen Königreich Abessinien, dem späteren Äthiopien, auf eine Grenze zu Eritrea geeinigt, die von Anfang an umstritten und umkämpft sein sollte. Dieser Grenzkonflikt kulminierte 1998 in einem zweijährigen Krieg und schwelte danach weiter, bis Abiy schließlich im Juli 2018 mit Eritrea einen formellen Friedensvertrag schloss. Dieser Friedensschluss ließ Abiy kurzzeitig als scheinbar nobelpreiswürdigen afrikanischen Friedenshelden glänzen.

Nicht einmal ein Jahr später zeigte Abiy sich dann aber von einer weit weniger friedliebenden Seite. In einem innerstaatlichen Konflikt um Selbstbestimmungsansprüche ließ er die Provinz Tigray im Norden des Landes von der eigenen Armee skrupellos belagern und bombardieren.

Mit dieser Aktion folgte Abiy einem tradierten Muster, nach dem in vielen Teilen der Welt – und mit weitgehender Billigung der Staatengemeinschaft – immer wieder Selbstbestimmungsansprüche gewaltsam unterdrückt und damit elementare Freiheiten verwehrt wurden. Verwehrt wird dabei vor allem die so genannte politische Assoziationsfreiheit, die Freiheit nämlich, über Staatsgrenzen und Staatszugehörigkeiten in geeigneten demokratischen Verfahren

möglichst frei zu entscheiden.¹ Dass die Verweigerung dieser Freiheit noch immer ein gängiges Verhaltensmuster ist, ändert aber natürlich nichts an der moralischen Abgründigkeit solcher Politik.

Der repressive und gewaltsame Umgang mit Selbstbestimmungsansprüchen ist Ursprung eines jahrhundertelangen Konfliktgeschehens, das sich treffend als *schleichender dritter Weltkrieg* bezeichnen lässt.² Diesem Krieg ist eine große Zahl gewaltsamer Konflikte in vielen Teilen der Welt zuzurechnen, vom amerikanischen Bürgerkrieg über zahlreiche Kriege und Bürgerkriege in Afrika, dem Nahen Osten und Asien bis hin zu offenen oder latenten Bürgerkriegen in Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. In Europa ist der Jugoslawienkrieg bisher das tragischste Ereignis dieses globalen Krieges geblieben.

Natürlich kann man von der Institution Friedensnobelpreis nicht erwarten, dass sie sich im Alleingang von den tradierten Denkmustern löst, die dem schleichenden dritten Weltkrieg noch immer Vorschub leisten. Man kann sich von dieser Institution dennoch wünschen, dass sie keine Politiker auszeichnet, die in künftige Episoden dieses Krieges willentlich verwickelt sein könnten. Andernfalls würde sie den Vorwurf riskieren, die gewaltsame Unterdrückung von Selbstbestimmungsansprüchen indirekt legitimieren zu helfen.

Ein weiterer gravierender Fall, der den Friedensnobelpreis in die Nähe einer fragwürdigen Friedensgesinnung rückte, ist der Fall Aung San Suu Kyi aus Myanmar. Suu Kyi, 1991 für "ihren gewaltlosen Kampf für Demokratie und Menschenrechte" in ihrem Land ausgezeichnet,

¹ Die politische Assoziationsfreiheit lässt sich auch als Entscheidungsfreiheit darüber bezeichnen, wer mit wem einen gemeinsamen Staat betreibt. Zum anfänglichen Konzept s. B. Wehner, *Nationalstaat, Solidarstaat, Effizienzstaat. Neue Staatsgrenzen für neue Staatstypen*, Darmstadt 1992. Demokratische Verfahren zur Ausübung dieser Freiheit sind näher beschrieben in B. Wehner, *Freedom, Peace and Secession, New Dimensions of Democracy*, Springer 2020, und B. Wehner, *Die politische Logik der Sezession, Zu einem neuen Paradigma der Friedenspolitik*, Springer 2018. Weitere Artikel dazu in www.reformforum-neopolis.de (s. dort die Rubrik Demokratie → Friedenspolitik sowie den Gesamtkatalog).

² Zum Phänomen und Begriff des schleichenden dritten Weltkriegs siehe u.a. den Artikel [Der schleichende dritte Weltkrieg - ein Zwischenstand](http://www.reformforum-neopolis.de) auf www.reformforum-neopolis.de.

wurde später mitverantwortlich für die brutale Unterdrückung der ethnischen Minderheit der Rohingya und für deren 2016 bis 2018 betriebene Vertreibung aus Myanmar. Dieser als Völkermord geltende Vorgang wurde von Suu Kyi als amtierender Regierungschefin und Vorsitzender der Regierungspartei zumindest stillschweigend gebilligt. Daher sind die in diesem Zusammenhang verübten schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch Suu Kyi persönlich zuzurechnen.

Auch bei diesen Verbrechen ging es nicht zuletzt um Verweigerung der politischen Assoziationsfreiheit, und daher können auch diese Verbrechen dem schleichenden dritten Weltkrieg zugeordnet werden. Insofern hat Suu Kyi an diesem Krieg mitgewirkt und sich der darin begangenen Kriegsverbrechen mitschuldig gemacht. Aus eben diesem Grund wurden ihr in der Folge zahlreiche im Ausland verliehene Ehrungen, darunter die Ehrenbürgerschaft Kanadas, entzogen. Das Nobelkomitee in Oslo dagegen erklärte, den ihr verliehenen Friedensnobelpreis nicht zurückfordern zu wollen. Dies mag insofern gerechtfertigt erscheinen, als Suu Kyis mit dem Preis gewürdigte Verdienste nicht durch ihre späteren Verfehlungen ausgelöscht sind. Der Makel, mit Suu Kyi eine Person von höchst fragwürdiger politischer Gesinnung geehrt zu haben, bleibt dennoch an der Institution Friedensnobelpreis haften.

Der Frieden in der Welt ist durch nichts so sehr gefährdet wie durch die Verwehrung politischer Freiheiten, allen voran der politischen Assoziationsfreiheit. Die Verwehrung dieser Freiheit wiederum ist die Ursache für den schleichenden dritten Weltkrieg, den globalen Krieg also um falsch gezogene Staatsgrenzen und ungewollte Staatszugehörigkeiten. Für die Institution Friedensnobelpreis kann es daher kein wichtigeres Ziel geben, als sich um das Verständnis und die Eindämmung eben dieses Krieges verdient zu machen.

Der schleichende dritte Weltkrieg kann kein Ende finden, solange nicht ein großer Teil der Staatengemeinschaft sich auf die Respektierung der

politischen Assoziationsfreiheit verständigt. Hierzu könnte das Nobelkomitee schon allein dadurch wesentlich beitragen, dass es seine Preiskandidaten im Voraus streng auf deren Haltung zur politischen Assoziationsfreiheit überprüfte. Darüber hinaus könnte das Komitee künftige Friedensnobelpreise vorrangig an Personen vergeben, die im Geist der politischen Assoziationsfreiheit gewirkt und damit Konkretes zur Eindämmung des schleichenden dritten Weltkriegs beigetragen haben. Würde dies publik, würde das Preiskomitee sich hierzu öffentlich bekennen, würden früher oder später würdige Preisträger ohne weiteres Zutun in wachsender Zahl auf den Plan treten. So konzipiert, würde der Friedensnobelpreis konsequenter denn je für nachhaltige Friedenssicherung stehen und eine entsprechend gestärkte Strahlkraft entwickeln.

01 – 2021